

Niederschrift über die 32. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 12.02.2025, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	parteilos	
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Frau Annegret Nawrocki	FDP	
Herr Ralf Nielsen	SPD	Anwesend bis 19.00 Uhr (TOP 8)
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Carolin Rulle	CDU	
Herr Florian Schubert	Aktiv für Coesfeld	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Frau Barbara Sieverding	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	

Herr Georg Veit	Pro Coesfeld	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Lars Vogel	CDU	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Herr Holger Weiling	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Johanna von Oy	FB 70	
Frau Katharina Woltering	Schifführerin	
Gäste		
Herr Heiner Schwaaf		

Schifführung: Frau Katharina Woltering

Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:11 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Künftige Ausrichtung der Stadtentwicklungsgesellschaft Coesfeld mbH
Vorlage: 011/2025
- 4 Live-Übertragung von Gremiensitzungen (Rats-TV)
Vorlage: 353/2024
- 5 Kommunale Wärmeplanung - Beschluss
Vorlage: 375/2024
- 6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit dem Coesfeld Ticket gratis unterwegs im Stadtgebiet
Vorlage: 027/2025
- 7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vereinfachung, Effizienzsteigerung und Modernisierung bei der Erstellung von Bebauungsplänen
Vorlage: 029/2025
- 8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nachhaltige Sicherung der Grundwasserqualität
Vorlage: 030/2025
- 9 Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage der Addy-Bosten-Stiftung der Stadt Coesfeld zum 31.12.2024
Vorlage: 014/2025
- 10 Standortkonzept Altkleidercontainer
Vorlage: 026/2025
- 11 Umgestaltung des Grenzweges: Ergebnisse der Anliegerbeteiligung, Beschluss der Planung
Vorlage: 342/2024
- 12 Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege"
Vorlage: 001/2025
- 13 Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße"
Vorlage: 004/2025
- 14 Bebauungsplan Nr. 168 "Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen"
Vorlage: 005/2025
- 15 Antrag der SPD-Fraktion : Priorisierung des Prinzips der Schwammstadt
Vorlage: 012/2025
- 16 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße"
Vorlage: 013/2025
- 16.1 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße"
Vorlage: 013/2025/1
- 17 Bebauungsplan Nr. 153 "Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch" – Aufhebung Satzungsbeschluss und Beschluss zur 2. Erneuten Beteiligung
Vorlage: 015/2025

- 18 Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide" 1. Änderung
Vorlage: 017/2025
- 19 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bericht über den Erlass und die Niederschlagung von Geldforderungen
Vorlage: 019/2025
- 3 Übernahme von modifizierten Ausfallbürgschaften für die Stadtwerke Coesfeld GmbH
Vorlage: 007/2025
- 4 Veräußerung von Grundstücken und Teilflächen
Vorlage: 002/2025
- 5 Gründungen der Windenergie Rhedebrügge GmbH & Co. KG , der Windenergie Erler Bruch GmbH & Co. KG und der Marbecker Brook GmbH & Co. KG
Vorlage: 024/2025
- 5.1 Gründungen der Windenergie Rhedebrügge GmbH & Co. KG , der Windenergie Erler Bruch GmbH & Co. KG und der Marbecker Brook GmbH & Co. KG
Vorlage: 024/2025/1
- 6 Informationen zu den Anzeigeverfahren (§ 115 GO NRW) zu den Gesellschaftsgründungen Windenergie Hee GmbH & Co. KG, Windenergie Schlatt GmbH & Co. KG und Windenergie Venn GmbH & Co. KG
Vorlage: 025/2025
- 7 Beteiligung der Gemeindewerke Raesfeld GmbH an der Windenergie Erler Bruch GmbH & Co. KG, an der Bürgerwind Hösel GmbH & Co. KG und Veräußerung eines 20 % Anteils an die Gemeindewerke Raesfeld GmbH
Vorlage: 031/2025
- 8 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet anhand eines Plans, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, dass in Kürze die Vorbereitungen zu den Bauarbeiten der NaturBERKEL auf den Fürstenwiesen beginnen sollen. Für die anstehenden Arbeiten sei es nötig, die Brutvögel zu vergrämen, damit die Nistzeit nicht durch Baumaßnahmen gestört werde. Daher werde ab der nächsten Woche angefangen, die Wiesen mit Flatterbändern zu durchziehen. Die Landwirte würden die Flächen zum Ausweichen bereitstellen, die in dieser Zeit unbewirtschaftet bleiben.

TOP 3	Künftige Ausrichtung der Stadtentwicklungsgesellschaft Coesfeld mbH Vorlage: 011/2025
-------	--

Herr Prinz bedankt sich für die gute Präsentation und die verständliche Erklärung und begrüßt die zukünftige Ausrichtung der Stadtentwicklungsgesellschaft sowie den zügigen Zeitplan.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg teilt mit, dass man nun auch die Stellenbeschreibung entwickelt habe, die den Ratsmitgliedern zugegangen sei. Hier könne gerne noch Feedback aus den Fraktionen gegeben werden. Eventuell sei auch ein Erfolgsanteil zum Gehalt denkbar. Hierzu dürften gerne noch Anmerkungen seitens der Fraktionen erfolgen.

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet, dass bereits Gespräche mit dem Kreis geführt worden seien bezüglich des künftigen Konstruktes. Man habe noch keine Freigabe, der Kreis könne das Handeln aber nachvollziehen. Vorbehaltlich des genauen Antrages habe der Kreis zunächst keine Einwände geäußert.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg weist abschließend darauf hin, dass gerne Werbung für eine gute Geschäftsführung gemacht werden dürfe.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gründung einer „neuen“ Gesellschaft bzw. einer Änderung des vorhandenen Gesellschaftsvertrages der SEG wird zugestimmt. Mögliche Inhalte des/der „Unternehmensgegenstandes“ sind in der gesonderten Anlage (Präsentation) zu diesem Beschlussvorschlag aufgeführt. Die exakte Ausformulierung des/der Unternehmensgegenstandes wird in einem notariellen Entwurf der/des Gesellschaftsvertrages vorgenommen, über den noch gesondert zu beschließen ist.

- Die Veröffentlichung einer Stellenausschreibung der Geschäftsführung für die zu gründenden Gesellschaften soll zeitnah nach einer ersten Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde erfolgen. Eine Einstellung erfolgt vorbehaltlich der notwendigen Zustimmungen zur Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1-2	42	0	0

TOP 4	Live-Übertragung von Gremiensitzungen (Rats-TV) Vorlage: 353/2024
-------	--

Herr Tranel teilt mit, dass alle Argumente ausgetauscht seien. Für die CDU-Fraktion beantragt er, folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu bringen:

Es wird beschlossen, die Abstimmung über die Fortführung des Rats-TV auf den Beginn der neuen Wahlperiode zu verschieben.

Herr Stallmeyer findet es sinnvoll, die Entscheidung dem nächsten Rat zu überlassen. Er habe aber auch keine Einwände gegen die sofortige Durchführung des Rats-TV.

Herr Nielsen berichtet, dass in den sozialen Medien gemunkelt werde, dass Themen heimlich behandelt werden würden. Man solle diesen Personen daher jetzt die Perspektive anbieten. Zudem stellt Herr Nielsen klar, dass Sitzungen immer öffentlich seien.

Herr Veit spricht sich angesichts der aktuellen Grundfragen der Demokratie und der Tatsache, dass zwei Wahlen im laufenden Jahr anstehen, für einen sofortigen Beginn des Rats-TVs aus.

Herr Volmer erläutert, dass gute Diskussionen geführt worden seien und man nun Transparenz bieten solle. Zudem spricht er sich dafür aus, sich nicht von Kommentaren in sozialen Medien leiten zu lassen.

Herr Wolfers spricht sich für volle Transparenz aus. Zudem sei es auch für die Mandatsträger selbst hilfreich, sich die Ausschüsse zur Vorbereitung für Entscheidungen anzuschauen.

Herr Fabry teilt mit, dass die FDP sich ebenfalls für volle Transparenz ausspreche.

Abschließend erläutert Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg, dass die Kameraeinstellung bei Bedarf nur auf den Vorstandstisch gerichtet sein kann. Die ersten drei Sitzreihen könnten gesehen werden, weitere, wenn die Personen aufstehen. Bei geänderter Sitzordnung könnten die Personen, die nicht gefilmt werden wollen, geschützt werden. Zudem gebe es die Möglichkeit, bestimmte Blöcke zu verpixeln. Auch eine Übertragung per Ton finde nicht statt, ohne dass aktiv in die Mikrofonanlage gesprochen werde.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, die Live-Übertragung von Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses weiterzuführen und für Sitzungen des Rates einzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, die Live-Übertragung auch für Sitzungen des Ausschusses für Planen und Bauen, des Umweltausschusses, des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport und des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales einzuführen.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion (während der Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, die Abstimmung über die Fortführung des Rats-TV auf den Beginn der neuen Wahlperiode zu verschieben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU	17	25	0
Beschlussvorschlag 1	24	14	4
Beschlussvorschlag 2	24	14	4

TOP 5	Kommunale Wärmeplanung - Beschluss Vorlage: 375/2024
-------	---

Herr Tranel begrüßt, dass der Beschlussvorschlag explizit keine Ausbaubeschlüsse einschließe. Jedoch habe er seitens eines Juristen erfahren, dass auch bei einem solchen Beschluss einklagbare Ansprüche erhoben werden könnten. Daher fragt Herr Tranel, ob auch eine Kenntnisnahme der Vorlage ausreiche.

Frau von Oy, Klimamanagerin, entgegnet, dass das Wirtschaftsministerium keine Bedenken in dieser Hinsicht kommuniziert habe. Es handele sich bei dem Wärmeplan um ein strategisches Konzept ohne einklagbare Ursachen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg verweist auf den Beschlussvorschlag, der konkrete Maßnahmen explizit ausnehme.

Herr Tranel erläutert, dass es inhaltlich keinen Dissens gebe. Jedoch müssten die Einwände des Juristen, der mit dem Thema vertraut sei, ernst genommen werden.

Frau von Oy stellt klar, dass mit dem Beschluss keine Wärmegebiete ausgewiesen werden.

Die Fraktion Pro Coesfeld spricht sich für eine Beschlussfassung in der Sitzung aus, damit die Verwaltung überhaupt beauftragt werden könne, weitere Schritte einzuleiten.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg ergänzt, dass der Beschluss laut Gesetz bis 2028 erfolgen müsse. Falls nur eine Kenntnisnahme stattfinden solle, sei nicht sicher, was mit den Förderungen passiere.

Frau Sieverding sieht es positiv, den Beschluss schon vor der gesetzlichen Frist zu fassen. Daher solle damit nun ein Zeichen gesetzt werden.

Herr Nielsen gibt zu bedenken, dass der Plan erst zur Planung werde, wenn der Rat darüber beschlossen hat.

Herr Tranel erwidert, dass sich die CDU-Fraktion in diesem Fall enthalten werde, da die Meinung des Juristen für Verunsicherung gesorgt habe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg stellt heraus, dass der Rat schon jetzt den Wärmeplan beschließen könne, der in 2028 gesetzlich vorgeschrieben sei. Es würden damit keine konkreten Maßnahmen beschlossen, aber die Verwaltung könne Vorbereitungen wie Prüfaufträge oder Machbarkeitsstudien in Auftrag geben.

Herr Prinz ermutigt abschließend dazu, den Beschluss zu fassen, da bei einer Kenntnisnahme keine Aufträge an die Verwaltung gegeben würden.

Beschlussvorschlag:

Der kommunale Wärmeplan der Stadt Coesfeld wird in der vorliegenden Form beschlossen. Mit dem Wärmeplan werden keine verbindlichen Ausbaupläne beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	25	0	17

TOP 6	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit dem Coesfeld Ticket gratis unterwegs im Stadtgebiet Vorlage: 027/2025
-------	---

Herr Prinz erläutert, dass das Thema eine hohe Priorität haben sollte und der Weg eingeschlagen werden sollte, da der Verkehrsverbund dadurch deutlich attraktiver würde. Zuerst soll geschaut werden, welche Kosten entstehen würden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erwidert, dass zum Baustein ÖPNV-Ausweitung des Mobilitätskonzept neue Erkenntnisse vorliegen würden, die der Politik vorgelegt werden sollen. In dem Zusammenhang könne man das Thema Coesfeld-Ticket besprechen.

Herr Köchling lehnt den Antrag ab. Er suggeriere, dass viele Unbeteiligte für wenige, die davon profitieren, die Mobilitätskosten tragen sollen.

Herr Tranel ergänzt, dass in der Vergangenheit schon versucht wurde, den Schulverkehr zwischen Billerbeck und Coesfeld kostenfrei zu gestalten. Dies sei ein großer Aufwand, es müssten viele Institutionen kontaktiert werden sowie Einnahmeausfälle kompensiert werden. In diesem Zusammenhang sei ein On-Demand-System zielführender.

Herr Stallmeyer spricht sich dafür aus, den Antrag nicht pauschal abzulehnen, sondern im Fachausschuss zu besprechen.

Frau Sieverding würde es begrüßen, wenn der Antrag zusammen mit dem On-Demand-System im Fachausschuss besprochen würde und erinnert daran, dass das kostenlose Parken auch gefördert worden sei.

Herr Fels verweist auf andere Möglichkeiten, wie den Öko-Zuschuss, um kostenlose Möglichkeiten zu schaffen.

Herr Prinz fragt, ob ein Prüfauftrag benötigt werde, oder das Thema ohnehin im Ausschuss besprochen werde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erwidert, dass der Antrag ohne Beschluss nicht weiter eingebracht würde, jedoch aber das Thema Mobilität generell.

Herr Böyer spricht sich für einen Verweis in den Fachausschuss aus, erinnert aber auch an den Bürgerbus.

Herr Fabry gibt zu bedenken, dass bei der Verbindung zwischen Coesfeld und Lette nur ein kleiner Personenkreis bei hohen Kosten profitieren würde, daher werde die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Wolfers erläutert, dass man günstige Angebote brauche, da sich ansonsten nie etwas ändern würde. Dies sei auch positiv für die Anlieger:innen an der Strecke.

Herr Köchling teilt mit, dass Autofahrer durch die Kfz-Steuer ausreichend finanziell belastet seien für die Allgemeinheit.

Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Verwaltung möge prüfen, welche Maßnahmen und Kosten erforderlich sind, damit Coesfelder:innen innerhalb von Coesfeld die Bahn von Lette zum Coesfelder Bahnhof, zum Schulzentrum und umgekehrt, kostenlos nutzen können. Parallel dazu sollte auch eine kostenfreie Nutzung des Busverkehrs geprüft werden und ob das Angebot auch auf Tourist:innen ausgeweitet werden kann.

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion (während der Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, den Antrag zur inhaltlichen Beratung in den Fachausschuss für Planen und Bauen zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der SPD	33	9	0

TOP 7	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vereinfachung, Effizienzsteigerung und Modernisierung bei der Erstellung von Bebauungsplänen Vorlage: 029/2025
-------	--

Herr Flögel begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, das Thema im Ausschuss für Planen und Bauen zu behandeln. Anlass des Antrages seien die Veränderungssperren und Effizienzengpässe gewesen. Es sei positiv, dass die Verwaltung sich schon damit auseinandersetze.

Herr I. Beigeordneter Hänsel stellt klar, dass die in der Ratssitzung vorliegenden Veränderungssperren nicht verlängert werden, weil die Verwaltung nicht in der Lage ist die Themen zu bearbeiten, sondern aktuell Fragen bezüglich der Entwässerung mit der Bezirksregierung noch nicht geklärt seien.

Herr Tranel gibt zu bedenken, dass die eigentliche Arbeit an den Bebauungsplänen nicht zurückgestellt werden dürfe, weil man sich mit Arbeitsprozessen befasse.

Herr Wolfers weist auf das Bürokratieabbauprogramm der Landesregierung hin. Auch, wenn man den §34 BauGB stringenter umsetzen würde, könne man schneller agieren, so Herr Wolfers.

Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung möge prüfen, mit welchen Methoden eine effizientere Erstellung der Bebauungspläne sowie schlankere Entscheidungsprozesse ermöglicht werden können.

In die Prüfung sollen folgende Aspekte einbezogen werden:

1. Reduzierung von Festsetzungen: Es soll geprüft werden, in wieweit die Festsetzungen im Bebauungsplan reduziert werden können. (§ 9 Abs. 6 BauGB)
2. Module für Querschnittsthemen: Es soll geprüft werden, in wieweit Themenbereiche wie Klimaschutz und Klimaanpassung, Wassermanagement und Baukultur als Module in die Planung integriert werden können.
3. Digitalisierung: Die Vertiefung der Digitalisierung im Planungsprozess durch den Einsatz von GIS-Systemen und Künstlicher Intelligenz (z. B. ArcGIS Urban) soll geprüft werden.
4. Standardisierte Datenmodelle: Die Festsetzungen des Bebauungsplans in einem einheitlichen, standardisierten Datenmodell (z. B. XPlanung) soll geprüft werden.

Das Ergebnis soll dem Ausschuss Planen und Bauen zur nächsten Sitzung vorgestellt werden.“

Beschlussvorschlag (Alternativer Vorschlag der Verwaltung):

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Planen und Bauen verwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung	42	0	0

TOP 8	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nachhaltige Sicherung der Grundwasserqualität Vorlage: 030/2025
-------	---

Herr Nielsen verlässt zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Sitzung.

Herr Flögel stellt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, das Thema in den Umweltausschuss zu verweisen, damit die Gesellschafterversammlung die weiterführenden Maßnahmen anstößt.

Herr Volmer merkt an, dass das Thema schon im Fachausschuss gewesen sei und sehr ausführlich besprochen worden sei. Er sieht keinen weiteren Handlungsbedarf.

Herr Stallmeyer schließt sich dem an. Auch der Aufsichtsrat und der Betriebsausschuss seien über die Wünsche aus dem Antrag informiert.

Herr Kestermann ergänzt, dass durch den jährlichen Steuerbericht alle Werte bekannt seien. Das Wasserschutzgebiet Letter Humberg sei nur ein kleiner Teil des großen Stevergebietes. Durch Gelsenwasser würden Nitratreinträge schon jetzt minimiert, sodass keine Filter notwendig seien.

Herr Flögel weist darauf hin, dass keinerlei Maßnahmen umgesetzt würden. Es gehe mehr um den Abbau von Pflanzenschutzmitteln, nicht um Nitrat. Im Kreis Borken gebe es z. B. hohe Nitratwerte und geringe Abbaukapazitäten. Hier habe man kein Monitoring und auch kein Maßnahmenpaket. Man könne die Probleme nicht akzeptieren.

Herr Stratmann erwidert, dass seitens der Stadtwerke alles Notwendige umgesetzt werde.

Herr Kestermann berichtet, dass die Landwirtschaft nicht mehr düngen würde, als die Pflanzen verbrauchen könnten, dies würde auch kontrolliert. Wenn man weniger eingreife, könnten sich Bakterien, die Nitrat abbauen auch besser regenerieren.

Beschlussvorschlag:

Zur nachhaltigen Sicherung der Grundwasserqualität hinsichtlich der Nitratgehalte sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1. Formulierung von Nmin-Zielwerten zur nachhaltigen Sicherung der Trinkwasserqualität.**
- 2. Monitoring der Oberflächengewässer in den Wassereinzugsgebieten als Frühwarnsystem zur Erkennung von Nitratbelastungen.**
- 3. Ausbau der Grundwassermessstellen zur Charakterisierung der Flächen im Einzugsgebiet nach Durchlässigkeit anhand von Ionenverhältnissen.**
- 4. Nmin-Monitoring zur Überwachung der Stickstoffgehalte im Boden und zur Anpassung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung**
- 5. Entwicklung eines Maßnahmenpaketes und eines Umsetzungskonzeptes. Das Maßnahmenpaket soll agrartechnische Maßnahmen zur Erreichung der Nmin-Zielwerte innerhalb von 10 Jahren definieren.**

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (während der Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen, den Antrag zur inhaltlichen Beratung in den Unterausschuss zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion B90/Die Grünen)	8	32	0

Frau Vennes befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 9	Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage der Addy-Bosten-Stiftung der Stadt Coesfeld zum 31.12.2024 Vorlage: 014/2025
-------	---

Die Mitglieder des Rates nehmen den Bericht zur Kenntnis.

TOP 10	Standortkonzept Altkleidercontainer Vorlage: 026/2025
--------	--

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg weist daraufhin, dass der Kleiderladen DRK fashion zu diesem Thema in einem Beitrag des WDR zu sehen sein werde.

Zudem geht Frau Diekmann-Cloppenburg auf die Frage aus dem Haupt- und Finanzausschuss ein, ob kaputte Alttextilien auch über die Kleidercontainer entsorgt werden sollen.

Sie stellt klar, dass die EU-Richtlinie kaum praktische Änderungen mit sich bringe, sondern eher in anderen Ländern greife. Kaputte Kleidung könne weiterhin im Restmüll entsorgt werden. Größere Stoffreste sollen zum Wertstoffhof gebracht werden. In die Altkleidercontainer solle Kleidung, die weiter getragen werden könne. Aber auch Kleidung, die nicht mehr gut ist, solle in die Zweitverwertung.

Herr Musholt fragt, ob es richtig sei, dass der Wertstoffhof für kleine Stoffreste eine Gebühr von 6,00 € verlange.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erläutert, dass haushaltsübliche Mengen kostenlos sein sollten. So stehe es auf der Homepage des Wertstoffhofes.

Beschlussvorschlag:

Das als Anlage zu dieser Vorlage beigefügte Standortkonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen für Altkleidercontainer wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	40	0	1

TOP 11	Umgestaltung des Grenzweges: Ergebnisse der Anliegerbeteiligung, Beschluss der Planung Vorlage: 342/2024
--------	---

Herr Wolfers lobt die Planung und teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Aufpflasterung stimmen werde.

Herr Volmer berichtet, dass die Aufpflasterung nicht als Querungshilfe fungiere. Daher sei sie nicht unbedingt notwendig, zudem seien schon andere gute Maßnahmen vorhanden. Falls nötig, könne die Aufpflasterung noch nachgerüstet werden.

Beschlussvorschlag 1:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Anlieger vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 3 beschlossen.

Beschlussvorschlag 2:

a) Zur Geschwindigkeitsreduzierung wird wie in der als Anlage 4 beigefügten Planung eine Plateauaufpflasterung eingebaut.

Alternativ:

b) Auf den Einbau einer Plateauaufpflasterung wird verzichtet. Die Planung ist in diesem Punkt entsprechend anzupassen.

Beschlussvorschlag 3:

Die als Anlage 4 vorgelegte Planung wird unter Berücksichtigung der Entscheidungen zu den Beschlussvorschlägen 2 und 3 als Grundlage der Umgestaltung bestätigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung weiter auszuarbeiten, die Maßnahme auszuschreiben und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	41	0	0
Beschlussvorschlag 2 a)	8	33	0
Beschlussvorschlag 3	41	0	0

TOP 12	Bebauungsplan Nr. 167 "Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege" Vorlage: 001/2025
--------	---

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes erklärt Herr Fabry sich für befangen i. S. d. § 31 GO NRW. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Herr Volmer bittet im Namen der Fraktion Pro Coesfeld, dass für die drei Veränderungssperren (TOP 12 ,13 und 14) zu jeder Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen der aktuelle Sachstand berichtet wird.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 167 „Wohnquartier zwischen Billerbecker Straße / Lange Stiege“ um ein weiteres Jahr gemäß § 17(2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
	40	0	0	1

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 166 "Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße"
Vorlage: 004/2025

Herr Volmer bittet im Namen der Fraktion Pro Coesfeld, dass für die drei Veränderungssperren (TOP 12 ,13 und 14) zu jeder Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen der aktuelle Sachstand berichtet wird.

Herr Veit ergänzt, dass die Aussicht auf eine rasche Freigabe für die Bauherren wichtig sei. Daher solle regelmäßig berichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 166 „Wohngebiet Jansweg/Bergstraße/Coesfelder Straße“ um ein weiteres Jahr gemäß § 17(2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	41	0	0

TOP 14 Bebauungsplan Nr. 168 "Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen"
Vorlage: 005/2025

Herr Volmer und Herr Veit bitten im Namen der Fraktion Pro Coesfeld, dass für die drei Veränderungssperren (TOP 12 ,13 und 14) zu jeder Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen der aktuelle Sachstand berichtet wird, damit eine rasche Freigabe für die Bauherren erfolgen könne.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des sich in der Aufstellung befindenden Bebauungsplans Nr. 168 „Wohnquartier zwischen Holtwicker Straße und Völkers Röttchen“ wird um ein weiteres Jahr gemäß § 17 (2) BauGB wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	41	0	0

TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion : Priorisierung des Prinzips der Schwammstadt
Vorlage: 012/2025

Herr Kretschmer beantragt im Namen der SPD-Fraktion folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu bringen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung *und Änderung* von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt *in Ergänzung des Klimaschutzkonzeptes und den Erkenntnissen der Arbeitsgruppe Nachverdichtung* zugrunde zu legen.

Herr Volmer teilt mit, bei der Formulierung des Beschlussvorschlages mitgehen zu können.

Auf die Frage von Herrn Kestermann, ob es eine Arbeitsgruppe Nachverdichtung gebe, antwortet Herr I. Beigeordneter Hänsel, dass diese noch nicht existent sei, aber im Ausschuss für Planen und Bauen bereits beschlossen worden sei.

Beschlussvorschlag (Antrag der SPD-Fraktion):

Der Umweltausschuss beschließt, dem Rat folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt zugrunde zu legen.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt zugrunde zu legen.

Alternativer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion (während der Sitzung gestellt):

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung *und Änderung* von Bebauungsplänen in Coesfeld das nachhaltige Prinzip der Schwammstadt *in Ergänzung des Klimaschutzkonzeptes und den Erkenntnissen der Arbeitsgruppe Nachverdichtung* zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion	39	0	2

TOP 16 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße"
Vorlage: 013/2025

Herr Tranel erläutert, dass die CDU-Fraktion aufgrund der zeitlichen Verzögerung und rechtlichen Risiken eine Lösung ohne Änderung des Bebauungsplans anstrebt. Daher werde eine Lösung mit zentraler Rampe favorisiert, um wenig Verkehrsfläche zu verbrauchen und möglichst viele Parkplätze zu bekommen. Zudem beantragt Herr Tranel gem. § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates, dass die Verwaltung einen Systemanbieter beauftragen möge, eine Wirtschaftlichkeitsrechnung anhand des bestehenden Planungsrechts durchzuführen. Zudem teilt Herr Tranel mit, dass die Variante 1.3 für die CDU-Fraktion nicht in Frage komme, da diese teurer als das klassische Parken sei und es fraglich sei, ob ein Investor dies wirtschaftlich darstellen könne.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erwidert, dass bereits zwei Projektierer Interesse an einer Variante mit Wohnen und Parken bekundet hätten.

Herr Stallmeyer hält das Grundstück für ein „Filetstück“, da es nah am Wall liege und umher auch Wohnbebauung bestehe. Der alte Bebauungsplan lasse keine ausreichende Änderung zu. Nun habe man die Möglichkeit, Planungsrecht zu schaffen, mit dem theoretisch alle Möglichkeiten vorhanden seien.

Herr I. Beigeordneter Hänsel wirft ein, dass mit einem neuen Bebauungsplan nicht alles ermöglicht würde, aber das Wohnen und Parken. Man könne z. B. mehrere Tiefebenen diskutieren, aber dann nicht mehr umschwenken zwischen Wohnen und Parken.

Herr Prinz spricht sich für die kombinierte Lösung und eine diverse Nutzung der Fläche aus. Man habe nun die Möglichkeit, Standards zu setzen, sodass etwas Besonderes entstehen könnte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen favorisiere die Variante 2.2, da diese überschaubar sei, aber trotzdem eine Aufstockung und Wohnen + Reserveparkplätze abdecke.

Zudem bittet Herr Prinz um eine Bestätigung und zu Protokoll zu nehmen, dass bei Annahme des Beschlussvorschlages 1, die Varianten 2.1 und 2.2 weiterhin zulässig seien.

Herr I. Beigeordneter Hänsel entgegnet, dass dies ein zu unbestimmtes Planungsrecht sei. Die Variante 2.2 ziele mit Ausnahme des ersten Geschosses auf Wohnraum ab. Daher gehe es bei dieser Variante um Stellplätze, die ebenerdige Stellplätze kompensieren. Zusätzliche Parkplätze seien nur bedingt möglich.

Herr Tranel teilt mit, dass der Fokus auf das Parken gelegt werden solle und dies zügig umgesetzt werden solle.

Herr Köchling ergänzt, dass das Ziel sei, möglichst günstigen Parkraum zu schaffen und als Stadt attraktiv zu sein.

Herr Bücking mahnt an, dass die Entwicklung des Standortes nicht verschleppt werden solle. In den vergangenen Jahren sei das Grundstück nicht als Filetstück gewertet worden.

Herr Volmer erläutert, dass man mit dem bestehenden Bebauungsplan den Parkraum nicht maximal ausschöpfen könne. Eine Maßnahme im aktuellen Planungsreich würde sich nicht lohnen, so Herr Volmer. Daher spricht er sich für die Variante 1.3 aus.

Herr Stallmeyer schließt sich der Meinung an, dass sich für ca. 10 Stellplätze mehr der Aufwand nicht lohnen würde. Daher sei die Überarbeitung des Bebauungsplans die einzige Option.

Herr Prinz erkundigt sich noch einmal, ob mit Beschluss der Variante 1.3 automatisch die Variante 2.2 möglich sei.

Herr I. Beigeordneter Hänsel erläutert, dass die Variante 1.3 den größten Spielraum biete. Die Varianten 2 würden aber nicht darunterfallen. Es bestehe ein zu großer Höhenunterschied. Innerhalb der jeweiligen Variante mit der entsprechenden Höhenbegrenzung sei aber noch Spielraum bei der Grenze von Wohnen zu Parken gegeben.

Herr Bouhari merkt an, dass sich in der heutigen Zeit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Wohnraum dramatisch geändert habe. Daher spricht er sich dafür aus, das Konzept anzugehen und das Parken mit dem Wohnen zu kombinieren.

Frau Albertz ergänzt, dass der Wohndruck größer geworden sei und daher kein Architekt oder Städteplaner auf Nachverdichtung verzichten werde. Das, was an der Mittelstraße errichtet werde, werde für 80 – 90 Jahre dort stehen, deswegen müsse man überlegen, was langfristig Sinn mache.

Herr Tranel spricht sich für einen Fokus auf das Thema Parken aus, um Leute in die Stadt zu holen, mit dem Fokus auf Wirtschaftlichkeit. Das vorgelegte Konzept halte er nicht für wirtschaftlich. Daher wiederholt Herr Tranel den Antrag von einem Systemanbieter eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erstellen zu lassen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg entgegnet, dass kein aktuell gebautes Parkhaus wirtschaftlich sein könne und immer ein Zuschussgeschäft darstelle. Bei der vorgelegten Variante habe man aber die Zusatzqualität Wohnraum.

Herr I. Beigeordneter Hänsel ergänzt, dass im bestehenden Planungsrecht eine Erweiterung der Parkmöglichkeit mit relativ viel Aufwand für wenig Ertrag möglich sei. Es gebe eine Studie eines Systemanbieters, die aber über die aktuellen planungsrechtlichen Grenzen hinausgehe. Auch hier sei eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich.

Sodann wird zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, auf dem Flurstück Coesfeld-Stadt 37/250 eine hybride Lösung aus Wohnen und Parken zu ermöglichen. Die Verwaltung wird beauftragt, über den B-Plan Nr. 8a „Parkdeck Mittelstr.“ entsprechendes Planungsrecht für die Variante 1.3 zu schaffen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, den genauen Parkplatzbedarf mittels einer Untersuchung zu ermitteln. Das Ergebnis ist der Politik vorzustellen und darauf aufbauend die notwendige Größe des Parkraumes zu ermitteln.

Alternativer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion (während der Sitzung gestellt):

Es wird beschlossen bei einem Systemanbieter anzufragen, ob eine wirtschaftliche Lösung bei dem bestehenden Bebauungsplan möglich ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	15	26	0
Beschlussvorschlag 1	23	17	1
Beschlussvorschlag 2	41	0	0

TOP 16.1 Bebauungsplan Nr. 8a "Parkdeck Mittelstraße"
Vorlage: 013/2025/1

Der Bericht wird im Rahmen der Besprechung der Vorlage 013/2025 zur Kenntnis genommen.

TOP 17 Bebauungsplan Nr. 153 "Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch" – Aufhebung Satzungsbeschluss und Beschluss zur 2. Erneuten Beteiligung
Vorlage: 015/2025

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, den Satzungsbeschluss vom 14.12.2023 aufzuheben.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Die Abwägung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 7 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 4:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 8 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 5:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 9 vorläufig beschlossen.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der erneuten Offenlage gemäß § 4a (3) BauGB seitens der Öffentlichkeit und seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden (s. Anlage 15).

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 153 „Neuordnung Gewerbegebiet Königsbusch“ erneut zu beteiligen. Dabei können Stellungnahmen gem. § 4a (3) Satz 2 BauGB nur zu den geänderten und ergänzten Teilen des Bebauungsplanes (s. Änderungsübersicht und rote textliche Hervorhebungen) abgegeben werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 7 en bloc	40	0	0

Herr Kretschmer befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

Die in den Beschlussvorschlägen 2-5 genannten Anlagen 6-9 sind dieser Niederschrift als Anlage 02 beigefügt.

TOP 18	Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide" 1. Änderung Vorlage: 017/2025
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) – in der zurzeit gültigen Fassung – die 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 147 „Wohngebiet Kalksbecker Heide“ durchzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Wohngebiet Kalksbecker Heide“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 2 en bloc	40	0	0

Herr Kretschmer befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 19 Anfragen

Frau Dicke erkundigt sich, wie die Ehrenamtskarte angenommen wird und ob es weitere Vergünstigungen gebe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg sagt eine Antwort über das Protokoll zu. Im letzten Jahr sei ergänzend das CoeBad mit Vergünstigungen dazugekommen.

Antwort der Verwaltung: Seit Einführung der Karte sind insgesamt 137 Bewerbungen eingegangen, davon 4 Anträge per App, was seit Anfang dieses Jahrs digital möglich ist. Ca. 3/4 der Bewerber sind männlich. Die meisten Ehrenamtlichen kommen aus den Bereichen Katastrophenschutz, Seniorenarbeit und Soziales. Bislang werden in NRW insgesamt 5.451 Vergünstigungen angeboten, in Coesfeld selbst und Umkreis von 25 km sind es 114 Angebote. Die Karten behalten immer 3 Jahre lang Ihre Gültigkeit und sind dann vom Karteninhaber zu verlängern.

Herr Veit fragt, ob es bezüglich des kostenlosen Parkens nachmittags schon Erkenntnisse über geändertes Parkverhalten geben würde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg sagt Erkenntnisse über das Protokoll zu und antwortet, dass das Ordnungsamt schaue, wie sich der Verkehr verschiebe. Bereits jetzt könne man schon sagen, dass sich die Auslastung der Parkhäuser nicht verändert habe. Man sei zudem mit dem Handelsverbund im Gespräch und werde die Ergebnisse vorstellen.

Anmerkung der Verwaltung: Verlässliche Zahlen können aktuell nicht gegeben werden. Es ist zu erkennen, dass sich die Parkplätze ab 15.00 Uhr füllen, sobald das Parken kostenfrei ist. Das könnte aber auch daran liegen, dass Bewohner:innen mit Bewohnerparkausweis nach Feierabend nach Hause kommen.

Herr Bücking berichtet, dass zum Feldweg wahrscheinlich ein Antrag für die nächste Sitzungsfolge eingereicht werde. Daher fragt er, ob dieser nun gesperrt werden solle, oder angesichts dessen noch gewartet werde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg erwidert, dass es einen wirksamen Ratsbeschluss gebe und dieser umgesetzt werde.

Herr Fels berichtet, dass er von Bürger:innen Feedback bekommen habe zum neuen Bürgerbüro. Es seien Bedenken geäußert worden bezüglich des Datenschutzes, die Räumlichkeit sei sehr hellhörig, der Lärm werde als störend empfunden. Daher fragt Herr Fels, ob dies bekannt sei und ob Veränderungen angedacht seien. Zudem sei die Räumlichkeit nicht ausreichend barrierefrei für Rollstuhlfahrende.

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet, dass man schon dabei sei, Verbesserungen bezüglich des Lärms herbeizuführen. Es gebe noch keinen Terminplan, aber das Thema werde priorisiert bearbeitet.

Frau Diekmann-Cloppenburg erläutert, dass man die Türdrücker extra entsprechend angepasst habe.

Herr Hänsel ergänzt, dass ein Sensor für den Ausgang kurzfristig kommen werde, der noch eine zusätzliche Erleichterung bringen werde.

Herr Fabry bezieht sich auf die aktuelle Sanierung einiger Straßen, bei denen die Beläge erneuert werden (Kämpfen, Lange Stiege). Dies seien Projekte, die laut Liste erst in zwei Jahren umgesetzt werden sollten. Daher fragt Herr Fabry, warum dies jetzt geschehe und wie dies finanziert werde.

Herr I. Beigeordneter Hänsel antwortet, dass es sich um Instandhaltungsmaßnahmen handele und sagt eine genaue Antwort über das Protokoll zu.

Antwort der Verwaltung: Im August 2024 wurde die Fa. Bishop aus Bocholt mit der Sanierung von asphaltierten Straßenzügen im Stadtgebiet beauftragt. Darunter sind auch die Straßen in den Kämpfen und Lange Stiege. In der Langen Stiege wurde beispielsweise ein Fahrbahnstreifen neu asphaltiert (neue Asphaltdeckschicht), weil vorab Versorgungsleitungen neu verlegt worden waren. In den Kämpfen wurde eine Tragdeckschicht eingezogen, um mit den erforderlichen Einbaustärken die Gefällesituation zu verbessern

Zudem berichtet Herr Fabry, dass das bargeldlose Bezahlen in der Marktgarage nur mit Eingabe der PIN möglich sei und fragt, warum dies bei den kleinen Beträgen so vorgesehen sei, da die Bezahlvorgänge mit PIN teurer seien.

Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg weist darauf hin, dass die Bewirtschaftung nicht bei der Stadt, sondern bei der Bäder- und Parkhausgesellschaft liege. Sie sagt zu, die Frage dorthin weiterzuleiten.

Antwort der Bäder- und Parkhausgesellschaft: Ob die Eingabe einer PIN notwendig ist oder nicht, kann von Seite der Bäder- und Parkhausgesellschaft nicht beeinflusst werden. Die Frage, ob und bei welcher Summe eine PIN eingegeben werden muss, ist Sache des die Karte ausgebenden Kreditinstitutes. Grundsätzlich bietet der Automat die Möglichkeit, ohne Eingabe der PIN zu zahlen, was nach Beobachtung auch gut funktioniert, wenn der Kunde beim Kreditinstitut diese Möglichkeit seiner Karte zugeordnet hat.

Herr Böyer erkundigt sich, wann die Lärmbelastung am Wohngebiet Goxel und der Hengte gemessen werde, wie durch den Rat beschlossen.

Herr I. Beigeordneter Hänsel berichtet, dass man mit Straßen NRW im Gespräch sei. Eine rechnerische Ermittlung sei vorgeschrieben und diese sei maßgeblich für Straßen.NRW. Eine Messung sei für Straßen.NRW nicht bindend, daher würden anhand dessen keine Maßnahmen beschlossen. In einem ersten Schritt sollte Straßen.NRW daher nun ihre Berechnung überdenken und korrigieren, dem sei auch nachgekommen. Die Messung könne eine zusätzliche Hilfe sein, die Berechnung zu korrigieren. In dem Fall würde Straßen.NRW auch die Kosten übernehmen.

gez. Eliza Diekmann-Cloppenburg
Bürgermeisterin

gez. Katharina Woltering
Schriftführerin